REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 8909. Postscheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b. H.).

NUMMER 318 A | BERLIN • Donnerstag, den 9. Februar 1933 | 2. JAHRGANG

Der Kampf um die Einheitsfront.

AUS DEM INHALT:

Japans Korrumpierungsversuch in Genf.
Kündigungsschutzgesetz für Angestellte.
Die Zwiegespaltenen.
Sklavengesinnung.
Folterkammer der herrschenden Klasse.

Ein Entgleister erzählt

über moderne Lehrerbildung in Württemberg

H. G. Während man in den andern deutschen Ländern für die Erhaltung der akademischen Lehrerbildung kämpft, bleibt der Württembergischen Lehrerschaft dieser Kampf erspart; denn — was man nicht besitzt, kann man nicht verteidigen. In Württemberg ist man, wie in Vielem, so auch in der Lehrerbildung

noch beim „guten Alten": bei der Seminarbildung.

Junge Menschen mit 14 Jahren werden für 6 Jahre hinter Mauern gesteckt, werden in den Jahren, da der junge Mensch anfängt, die Beziehungen und Geschehnisse in der Welt und unter den Menschen denkend zu erfassen, vom Leben ferngehalten, werden dazu angeleitet, der Buchgelehrsamkeit zu leben, sich intensiv mit der christlichen Sittenlehre und der Philosophie des deutschen Idealismus herumzuschlagen, ohne die geringste Anschauung, ohne eine Spur von dem Erlebnisboden zu haben, der erst solche Arbeit fruchtbar machen würde.

Gut werden die jungen Menschen betreut und „erzogen", so klein und demütig gemacht, wie „gute Beamte" sein müssen. Treu wird gewacht über dem, womit sie sich beschäftigen; wohlbedacht wird verboten und ausgeschieden, was „ihrem Seelenheil schaden" könnte, was sie „vom richtigen Weg ablenken" könnte.

Die Erzieher der späteren Volkserzieher haben keinen Glauben an die Kraft im jungen Menschen,

durch Wirren, Fragen und Eindrücke selbständig hindurchzufinden. Sie haben keine Ehrfurcht vor der Menschenwürde in diesen jungen Menschen. Ein doppeltes Unrecht geschieht hier: Unrecht an diesen jungen Menschen und Unrecht an den Menschen, deren Lehrer diese so Verbildeten nachher sein sollen.

Wohlversehen mit

einer Sammlung unterrichtsmethodischer Feinheiten, mit Heftstößen voll philosophischer, psychologischer und pädagogischer Weisheit, mit der Note „gut" im Wiedergeben des vom Lehrer Vorgetragenen, ebenso mit der Note „gut" in der Religionslehrprobe;

ohne Ahnung von

der Welt und den Menschen, wie sie tatsächlich sind, ohne die Fähigkeit, in der Welt zu beobachten — denn diese wurde ja erstickt; ohne die Fähigkeit, das, was ihnen entgegentritt, klar denkend zu verarbeiten und sich ein Urteil darüber zu bilden — denn ihr Denken wurde ja mit viel Ballast beschwert und tüchtig in engen Gleisen festgefahren, — so treten diese jungen Lehrer nach sechs Jahren ins Leben und in die Arbeit. Halt, — es darf nicht vergessen werden, daß sie meist

eine ziemliche Ladung „Idealismus"

mit hinaus nehmen. Dieser „Idealismus" ist blind und geht schnell in die Brüche. Diese jungen Lehrer sollen an Menschen arbeiten.

Wenn nun diese Menschen anfangen, den Ballast, den sie in den sechs Jahren auf sich häuften und häufen ließen, abzuräumen, — sehr schwierig, sehr langsam, mitunter sehr schmerzhaft —; wenn sie die ersten Versuche machen, sich Welt und Menschen einmal anzusehen, wie sie tatsächlich sind, und sich ihre Gedanken darüber zu machen; wenn sie sich an weltanschaulichen und politischen Bewegungen, die bisher als „schädlich" sorgsam von ihnen ferngehalten wurden, heranwagen, um sich mit ihnen auseinanderzusetzen; wenn sie sich gar an die Frage wagen: „Ist der heute in der Schule geforderte Religionsunterricht nicht Unrecht?" —, dann brechen ihre früheren Erzieher den Stab über sie:

„Sie sind entgleist."

Sie machen sich bittere Vorwürfe darüber, daß sie nicht auch noch sorgfältig über den entlassenen Zögling wachten. Doch neuen Mut zur Arbeit gibt ihnen die Tatsache, daß es ja nur wenige sind, die „entgleisen", daß die große Mehrzahl gut genug erzogen ist, um auf dem „richtigen" Weg weiterzugehen; daß bei der großen Mehrzahl der aufgehäufte Ballast ein so großes Quantum und Gewicht erreicht hat, daß alles andere darunter endgültig erstickt ist.

Im Seminar Nagold ereignete sich im Jahre 1932 folgendes: **Ein Schüler, der mit Kommunisten sympathisierte, weigerte sich, im Kirchenchor mitzusingen. Er wurde zum**

W—er. Es gibt immer noch Menschen, die meinen, der bürgerliche Klassengegner der Arbeiterschaft bestünde aus Menschen, wie diese selber, und man müsse daher in der Form des Kampfes prinzipiell die gleiche Ebene beschreiten, d. h. einfacher gesagt, Mensch sei Mensch und gegen alle müsse mit geistigen und vornehmen Waffen gekämpft werden. Wie sehr eine solche Betrachtung angesichts der heutigen Wirklichkeit eine blutleere Abstraktion ist, das zeigt die zähe Verbissenheit und die jeder allgemein menschlichen Bildung spottende Roheit der bürgerlichen Klasse und ihrer Presse, von denen wir hier mit einem Gefühl der Uebelkeit zwei Exemplare zitieren. Das erste ist die „Berliner Börsen-Zeitung":

„Die restlose Kaltstellung der „Regierung" Braun-Severing, der die Auflösung des preußischen Landtages auf dem Fuße folgte, wird von der Linkspresse im großen und ganzen recht zurückhaltend kommentiert. Es scheint, daß die kurz zuvor erlassene neue Polizeiverordnung der Reichsregierung mit ihren gegen die staatsfeindliche Agitation gerichteten Maßnahmen auf die Kampfstimmung der sozialdemokratischen und demokratischen Blätter stark abkühlend gewirkt hat. „Berliner Tageblatt" und „Vossische Zeitung", noch vor wenigen Tagen wilde Rufer im Streite gegen die „reaktionäre" Regierung, sind heute von einer geradezu bemerkenswerten Vorsicht und begnügen sich im wesentlichen damit, ihre unmaßgeblichen juristischen Auffassungen über die staatsrechtliche Unhaltbarkeit der letzten Preußenverordnung breitzutreten. Selbstverständlich fehlt es auch nicht an Versuchen, die Leipziger Richter zu beeinflussen und ihren — noch in weiter Ferne liegenden — nächsten Urteilsspruch als eine zugunsten der Braun-Severing-Regierung schon jetzt „so gut wie sichere" Entscheidung zu präjudizieren. Dabei ist die Linkspresse aber peinlichst bestrebt, jedes scharfe Wort gegenüber der Reichsregierung zu vermeiden und den Ton ihrer Polemik auf ein sehr gedämpftes Piano herabzustimmen. Selbst der sozialdemokratische „Vorwärts", der heute nach dreitägigem Verbot wieder erschienen ist, enthält sich aller Anrempeleien und begnügt sich im wesentlichen damit, für die heutige Lustgartenkundgebung der SPD und für die „Einigkeit der Arbeiterschaft" in sehr vorsichtigen Worten Stimmung zu machen. Es zeigt sich also wiederum, daß sich jedes wirklich entschiedene und zielbewußte Auftreten einer starken Rechtsregierung ohne weiteres Respekt verschafft und viel mehr zur allgemeinen Beruhigung beiträgt, als Maßnahmen, die nach einer falsch verstandenen „Ueberparteilichkeit" ausgewogen werden und von Anfang an in Halbheiten stehen bleiben, wie das früher leider häufig der Fall war."

Dem Schreiber dieser Zeilen eine Belehrung zuteil werden zu lassen, ist selbstverständlich ein hoffnungsloser Versuch am untauglichen Objekt. Wir äußern uns deshalb so „vorsichtig" über ihn, weil wir uns ihn und seinesgleichen ohnehin für die Zeit gemerkt haben, wo man sich unvorsichtiger äußern kann. Das andere Exemplar sind die „Hamburger Nachrichten", die stolz sind, daß der Reaktionär Bismarck in ihren Reihen schon im Jahre 1894 die Vernichtung der Sozialdemokratie gefordert hat. Sie sind nämlich besonders erbost darüber, daß Wilhelm Sollmann von Stalin verlangt hat, er solle auch gegenüber der II. Internationale nicht schärfer sein als kapitalistischen Staaten gegenüber, mit denen er Nichtangriffspakte geschlossen hätte: „Bezeichnend, wie hier sich schon ein deutscher Sozialdemokrat unter das Kommando des bolschewistischen Diktators zu stellen bereit ist." Richtig fassen die „Hamburger Nachrichten" auf, leider richtiger als die Arbeiterschaft selber, daß eine gemeinsame Front der Arbeiterparteien für das Bürgertum eine große Gefahr bedeutet. Sie fordern deshalb ihre gesinnungsverwandten Brüder und Schwestern auf, dann in Zukunft wie Pech und Schwefel zusammenzuhalten. Was denn auch letzten Endes der ganze Zweck der Toberei gegen die Arbeiterschaft ist.

Diese beiden Pressestimmen mögen heute genügen. Sie dienen hoffentlich weiter der Belehrung der Genossen, die auf irgend welche Einkehr im bürgerlichen Lager rechnen oder auch auf eine Spaltung dieses Lagers auf gegenseitige Zerfleischung und auf vieles andere. Gewiß sind alle solche Erscheinungen tatsächlich vorhanden: „Kreuzzeitung", „B. B. Z.", auch Herr Düsterberg sogar, der Stahlhelmchef, tönen schon leise Seiten an, daß die Besetzung der Regierungsstellen und anderer Posten ihnen nicht paritätisch genug ist. Die Verschiedenheit zwischen Menschen wie Hitler und Papen, Hugenberg und Göring ist sicher so erheblich, daß die gemeinsame Regierungsfront nur unter sehr weitherzigem Absehen von einzelnen Wünschen zustandekommen könnte. Aber es ist selbstverständlich, und wir haben es auch immer wieder erlebt, daß in der Frage einer

gerechten Ordnung der Gesellschaft die gesamte nicht sozialistisch denkende Menschheit gegen die Sozialisten einig ist und wirklich wie Pech und Schwefel zusammenhält.

Die Lehre daraus ist furchtbar einfach gezogen, wenn auch bisher nicht befolgt worden:

Schafft die Einheit der Sozialisten!

Freidenker fordern die Einheit der Arbeiterschaft.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Weimar des Deutschen Freidenkerverbandes wurde am 6. Februar eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die örtlichen Gruppen der Arbeiter-Parteien, die Kartelle des ADGB und Afa

sowie der Zentralvorstand des DFV in Berlin,

aufgefordert werden, endlich mit aller Kraft für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen den Faschismus sich einzusetzen. Schließlich wird in dieser Entschließung schärfster Kampf gegen die Mundtotmachung der Arbeiterpresse verlangt, und die Forderung an den Vorstand des DFV gestellt, er solle mindestens auf eine Listenverbindung von KP und SP bei den Reichstagswahlen hinwirken.

Schluß mit dem Bruderkampf.

L. W. Auch in Sonneberg im Thüringer Wald waren nach Hitlers Regierungsantritt die Nationalisten aller Farben geschlossen aufmarschiert. Zu dem Gesang: „Wenn's Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut" läuteten die Kirchenglocken.

Die Arbeiterschaft antwortete auf diese Kundgebung mit einer geschlossenen und wuchtigen Demonstration, die von der „Eisernen Front" veranstaltet, aber von Anhängern aller Richtungen der Arbeiterschaft besucht wurde. Der Redner, ein Funktionär des DMV., forderte ernst und anständig zur Einheitsfront, zur Abstellung des Bruderkampfes und zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen den Faschismus auf.

Leider war es nicht gelungen, die Vorstände der Parteien dazu zu bewegen, die Veranstaltung schon unter dem Zeichen der geschlossenen Einheitsfront einzuberufen. Auch hier das alte Lied: Die Führer der Arbeiterschaft stehen noch nicht genug unter Druck, so daß sie den Zusammenschluß der Arbeiterschaft noch immer zu deren Schaden hinauszögern können.

Papens Einheitsfront.

Wie es heißt, ist Papen darum bemüht, eine Einheitsliste der nicht nationalsozialistischen nationalen Gruppen zusammenzubringen. Die Reaktion hofft von diesem Plan, wie die „Börsenzeitung" genau vorrechnet, die Ausnutzung der Stimmen aus der Umgebung der Volkspartei, also aller derer, die einen Nationalismus in gemilderten Formen wünschen, und die auf dem Weg der Papenschen Einheit für Hitler-Hugenberg gewonnen werden sollen.

Rektor gefordert. Dort berief er sich auf die Reichsverfassung. Der Rektor gab ihm zur Antwort, daß für ihn die Reichsverfassung ein Stück Papier sei.

Als diese Sache gelegentlich im Landtag laut wurde,

ging der württembergische Kultusminister über die Sache hinweg, als hätte er nichts davon gehört.

Als in derselben Landtagssitzung die kommunistische Fraktion forderte, daß die Zustände in den Seminaren geprüft würden, weil dort allerlei Erstaunliches vorkomme, ging der Kultusminister auch darüber hinweg, ohne sich um die Klärung zu bemühen.

Es wurden folgende Vorkommnisse am Seminar Nagold genannt: Ein Seminarist beging Selbstmord und beschuldigte in einem zurückgelassenen Brief zwei seiner Lehrer; ein anderer Seminarist ist seit Herbst 1931 unauffindbar; ein dritter erlitt einen Nervenzusammenbruch; ein vierter floh aus dem Seminar.

Den Anlaß zur Erörterung dieser Vorkommnisse im Landtag gab der Ausschluß eines Seminaristen von der Lehrerbildung mit der Begründung, daß er sich parteipolitisch betätige. Er führe in seiner Wohnung politische Unterhaltungen; er nehme Urlaub, um zu einer Vorstellung der Piscator-Bühne und von „Cyankali" zu gehen; er stehe in Verbindung mit der Bundesleitung des sozialistischen Schülerbundes; er beschäftige sich entgegen den Anweisungen des Rektorats mit kommunistischer Literatur, er treibe kommunistische Propaganda im Seminar.

Die kommunistische Fraktion forderte im Landtag vom Staatsministerium, „dafür Sorge zu tragen, daß zukünftig die politische Gesinnung von Schülern der Lehrbildungsanstalten nicht mehr den Anlaß zu Maßregelungen geben darf".

Der Kultusminister antwortete: „Die politische Gesinnung war noch nie Anlaß zur Maßregelung in der Schule. Verboten ist nicht nur jede kommunistische, sondern jede parteipolitische Betätigung. Grund für den Ausschluß des betreffenden Seminaristen war nicht seine politische Gesinnung, sondern sein Ungehorsam gegen Rektoratsvorschriften und Vorschriften des Kultusministeriums."

Wie geschickt ein Kultusminister die Dinge drehen und wenden kann! Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Andererseits steht fest, daß in gewissen württembergischen Seminaren ganze Jahrgänge nationalsozialistisch verseucht sind, daß diese sich im Seminar stark parteipolitisch betätigen. Tatsache ist auch, daß hiergegen das Kultusministerium nichts tut. Als in jener Landtagssitzung gesagt wurde, das Ministerium sehe auf dem rechten Auge weniger scharf als auf dem linken, ging der Kultusminister darauf nicht ein.

Die württembergische Lehrerpresse schweigt über jene Ungerechtigkeit.

Japanischer Korrumpierungsversuch in Genf.

Gu-n. Als am Montag abend der Genfer 19er-Ausschuß seinen überraschenden Beschluß gegen Japan faßte, indem er, dem Lytton-Bericht entsprechend, die Nichtanerkennung Mandschukos und die Oberhoheit Chinas über die Mandschurei forderte, da konnte man zunächst den Eindruck gewinnen, als ginge ein Aufatmen durch die Reihen aller Beteiligten; als sei Japan froh, endlich zu dem befreienden Entschluß zu kommen, den Völkerbund zu verlassen und in Zukunft seine imperialistische Politik ohne die mißtönende Begleitmusik von Genf zu betreiben; als seien andererseits die Völkerbunds-Großmächte, vor allem England, erleichtert über die Aussicht, in absehbarer Zeit die Genfer Unterhaltungen ohne den kompromittierenden Partner aus Tokio weiterführen zu können — ohne diesen Partner, dessen weiteren militärischen Eroberungszug die Völkerbundsmächte auch während des Jahres 1933 voraussichtlich nicht zum Stillstand bringen werden. Der Eindruck, daß Japan nun energisch auf den Austritt aus dem Völkerbund lossteuern werde, wurde verstärkt durch die Kundgebungen aller nationalistischen Verbände und Parteien in Tokio. Gleich am Dienstag gaben diese Massenkundgebungen, die mit Rundfunk im Lande verbreitet wurden, auf den Genfer Beschluß die Antwort: sofort solle die Regierung den Austritt aus dem Völkerbund einleiten.

Ueberraschend wie der Genfer Beschluß war zunächst die Reaktion der japanischen Regierung.

Natürlich hat sie den Genfer Beschluß als unannehmbar bezeichnet. Natürlich hat der „Ministerpräsident" von Mandschukuo (lies: der japanische Beauftragte in der Mandschurei) erklärt: die Beschlüsse des 19er-Ausschusses hätten keinen praktischen Wert; die „Selbständigkeit" Mandschukuos sei durch das mandschurisch-japanische Protokoll von 1932 gesichert; die militärische Aktion in Jehol werde durch den Genfer Beschluß nicht berührt. Aber:

1. Der Kriegsminister Araki, einer der schärfsten imperialistischen Wortführer in Tokio, erklärte der Presse: für einen Austritt Japans aus dem Völkerbund läge bisher kein Anlaß vor;

die japanische Regierung habe Maßnahmen getroffen, um Genf zu überzeugen, daß die neuen Beschlüsse ungeeignet seien, die politische Lage im Fernen Osten zu entspannen. Welches sind diese Maßnahmen? Man kann sie in folgendem vermuten:

2. Matsuoka, der japanische Vertreter beim Völkerbund, hat dem Generalsekretär in einer neuen Note gewisse Zugeständnisse der japanischen Regierung unterbreitet;

in bezug auf Mandschukuo z. B. folgenden Kompromißvorschlag: der Abschlußbericht der Völkerbundsversammlung solle die Möglichkeit einer künftigen Anerkennung Mandschukuos offen lassen; diese Anerkennung solle von der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung abhängig gemacht werden.

Wie eine solche „Entwicklung" gelenkt wird, ist in Europa bekannt; wir erinnern an die Ansiedlungspolitik, die die deutsche Regierung vor dem Weltkriege in den östlichen Provinzen gegen Polen betrieben hat; wir erinnern daran, daß nach dem Weltkriege die polnische Verwaltung aus dem Korridor Deutsche hinausschikaniert hat, deren Zahl auf eine Million geschätzt wird.

Der Tatbestand, daß Japan seine Okkupation in der Mandschurei befestigt und nach Nordchina weitertreibt, würde also durch das neue „Zugeständnis" nicht im mindestens geändert werden.

Immerhin aber hat es den Anschein, daß Kreise im japanischen Regierungslager auf einen Austritt aus dem Völkerbund keinen Wert legen, solange dieser sich das beschämende Spiel weiter bieten läßt. Kreise im Regierungslager; denn im ganzen scheint keine Einigkeit zu bestehen. Offiziell wird bereits die Nachricht dementiert, daß Matsuoka von seinem Posten in Genf zurücktreten werde. Das amtliche Dementi aus Tokio sagt: Matsuoka bleibe in Genf *trotz Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Außenminister Utschida.*

Aus der Folterkammer der herrschenden Klasse

Ein Blick auf die Behandlung von Arbeitern im Gefängnis in Jugoslawien kann unsere realistische Phantasie stärken, damit wir uns ausmalen können, was der Arbeiterbewegung noch blühen kann. Aus den „Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen", herausgegeben von einer durch die Sozialistische Arbeiter-Internationale eingesetzten Untersuchungskommission entnehmen wir folgenden Bericht:

„Zwei österreichische Staatsbürger, Max Rappold und Raimund Karbeutz, wurden auf einer Autofahrt in Jugoslawien am 26. April 1932 von der jugoslawischen Polizei in Cilli verhaftet. Es wurde ihnen zur Last gelegt, kommunistische Schriften und Broschüren in ihrem Auto über die Grenze gebracht zu haben." Am 30. September fand der Prozeß statt. „Max Rappold wurde zu 3 Jahren Kerker verurteilt. Raimund Karbeutz wurde freigesprochen und auf freien Fuß gesetzt. Er ist nach Oesterreich (Kärnten) zurückgekehrt und erzählt von seinen Erlebnissen in den jugoslawischen Gefängnissen folgendes:

Perverse Schinder als Polizisten.

„Gleich nach der Verhaftung in Cilli wurden Rappold und Karbeutz zur Polizei nach Agram überstellt. Dort wurden sie vom 27. April bis 21. Juni in Einzelzellen gefangen gehalten. Schlafen mußten sie auf dem Steinboden. Eine Decke bekamen sie nicht. Ihre Tagesverpflegung bestand aus zehn Dekagramm Brot und einigen im Wasser gekochten Bohnen. Sie wurden jeden Tag grausam gefoltert.

Man band ihnen einen Strick um den Kopf, und zwar unter der Nase, fesselte ihre Hände am Rücken und hängte sie so auf. In diesem Zustand wurden sie mit Gummiknütteln, Ochsenziemern und einem eigens hergerichteten, peitschenähnlichen Werkzeug auf den nackten Körper geschlagen und dabei verhört.

Nach jedem Worte gab es ausgiebige Schläge. Die Hiebe fielen auf den Körper, besonders aber auf den Kopf und die Fußsohlen. Ihre Körper waren blau und schwarz von Beulen und Blutunterlaufungen. Infolge der erlittenen Schläge war Rappold einmal zwei Tage und Karbeutz vier Tage lang halb besinnungslos.

Eigene Folterkammern.

In der Polizeikaserne befinden sich unter dem Dachraum eigene Räume, die als Folterkammern dienen, weil von dort die Hilferufe der Gemarterten nicht nach außen dringen können. Jeden Morgen erhielten die Gefangenen an Stelle eines Frühstücks eine Tracht Prügel.

Die Prügel teilten abwechselnd Detektive, Aufseher und Polizisten aus. Karbeutz erklärt, daß die Mißhandlungen so raffiniert und gemein waren, daß jeder anständige Mensch empört wäre, wenn solche Quälereien an Tieren vorgenommen würden.

Eine sozialdemokratische Interpellation im Nationalrat hatte zur Folge, daß der österreichische Konsul die Gefangenen im Arrest besuchte. Bei seinem Besuch waren aber so viel Detektive anwesend, daß es den Gefangenen nicht möglich war, dem Konsul etwas über die Mißhandlungen zu erzählen. Der Konsul hinterließ für die zwei österreichischen Staatsbürger hundert Schilling, wofür dann Rappold und Karbeutz zweimal je 25 Dekagramm Speck und ein Kilogramm Brot erhielten. Am 21. Juni wurden Rappold und Karbeutz in das Agramer Gerichtsgefängnis eingeliefert. Dort gab es keine Mißhandlungen mehr, und auch die Verpflegung war merklich besser. Am 27. September kamen sie in ein politisches Gefängnis im Ausnahmegericht in Belgrad, wo es ihnen verhältnismäßig gut ging."

Ein weiterer Bericht aus den „Mitteilungen" ergibt ein ähnliches Bild:

„Im Zuchthaus von Mitrovica in Jugoslawien wurden gegen die politischen Gefangenen eine ganze Reihe von Repressalien eingeführt. Sowohl legale Disziplinarstrafen als auch das Schlagen mit dem Gewehrkolben und sonstige Folterungen sind eine alltägliche Erscheinung geworden. Die Nahrung wurde verschlechtert, die Versorgung mit Büchern sogar aus der Zuchthausbibliothek eingestellt. Da die Begünstigung der bedingten Entlassung den politischen Gefangenen niemals gewährt wird, werden sie nun in jeder Beziehung viel schlechter behandelt als die gemeinen Verbrecher. Ein Inspektor des jugoslawischen Justizministeriums hat sich erfrecht, vor etwa zwei Monaten den politischen Gefangenen in Mitrovica zu erklären, daß

viele von ihnen nicht lebend aus dem Zuchthaus herauskommen werden.

Als Folge dieser Behandlung sind Mitte November mehr als hundert politische Gefangene in Mitrovica in den Hungerstreik getreten.

Ihre Forderungen sind: Sicherheit des Lebens der politischen Gefangenen, Aufhören der Folterungen, Zulassung von Büchern, Beheizung der Zellen und Verbesserung der Nahrung.

Selbstverständlich darf die jugoslawische Presse kein Wort über diese Zustände veröffentlichen. Dabei ist dies seit dem Jahre 1929 allein in Mitrovica schon der vierte Hungerstreik der politischen Gefangenen."

Freiheit, so lange sie keiner benutzt.

Das vor einiger Zeit von der Regierung Gömbös aufgehobene Versammlungs- und Umzugsverbot für ganz Ungarn ist wieder in Kraft gesetzt worden, da von der Linken gegen die Steuer- und Sparmaßnahmen der Regierung protestiert wurde. Die von dem Faschisten Gömbös so viel gerühmte Freiheit gilt also auch nur lo lange, wie niemand etwas gegen ihn sagt.

Am Dienstag abend fanden in mehreren Teilen Budapests Erwerbslosen-Kundgebungen statt, bei denen es zwar nicht zu ernsteren Zwischenfällen, aber zu 50 Zwangsgestellungen kam.

Die Versicherungsprämie.

Das Gesetz zur Garantierung der englischen 100-Millionen-Schilling-Anleihe an Oesterreich wurde am Dienstag in zweiter Lesung im Unterhaus angenommen. Der Finanzsekretär im Britischen Schatzamt erklärte, daß Oesterreich seine inneren Reformen, die eine Bedingung der Anleihe seien, befriedigend durchführe und auf das Bestimmteste versichert habe, die jährlichen Rückzahlungen zu leisten. Außerdem würde die gesamte Anleihe in England bleiben. (Sie dient nämlich lediglich dazu, Oesterreich in die Lage zu setzen, den 1931 zur Stützung der Credit-Anstalt von der Bank von England gewährten Kredit zurückzuzahlen.) Ein konservativer Abgeordneter meinte,

die Anleihe sei eine Versicherungsprämie gegen den Kommunismus in Mitteleuropa!

Der richtige Mann am richtigen Platz.

Die deutsche Gesandtschaft in Wien hat der österreichischen Regierung mitgeteilt, daß die Reichsregierung mit der Ernennung von Ingenieur Tauschitz zum österreichischen Gesandten in Berlin einverstanden ist. Wenn man erfährt, daß Tauschitz Fraktionsführer der Landbundfraktion im österreichischen Nationalrat ist, wird man nicht im Zweifel darüber sein, daß sich der neue Gesandte in deutschen Regierungskreisen ganz zu hause fühlen und gemeinsam mit dem deutschen Wirtschaftsdiktator ersprießliche Arbeit im Interesse seiner Standesgenossen dies- und jenseits der Grenze leisten wird.

Ueberhaupt scheinen die Diplomaten in dieser Hinsicht gut ausgewählt zu sein: während Oesterreich einen Vertreter der Junker schickt, ist der französische Gesandte, François Poncet, Vertreter der Schwerindustrie, insbesondere der Rüstungsindustrie, was im Falle der Durchsetzung der deutschen „Gleichberechtigung" vielleicht nicht ungünstig ist.

Graf Apponyi, der ungarische Vertreter beim Völkerbund, ist in Genf an einem Grippeanfall gestorben.

Vor einem französischen Ottawa?

Wie aus Paris berichtet wird, beabsichtigt Ministerpräsident Daladier, demnächst, nach dem britischen Muster, eine französische Reichswirtschaftskonferenz einzuberufen, die den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und seinen Kolonien zum Ziel hätte.

Konflikt innerhalb der französischen SP.

Die sozialistische Kammerfraktion hat eine Resolution angenommen, in der sie ankündigt, daß sie noch vor dem nächsten Parteitag Berufung gegen den Beschluß der Landesratstagung der Partei einlegen wird, in dem die Mißbilligung der Haltung der Kammerfraktion gegenüber der Regierung ausgesprochen wird.

Mussolini „wünscht den Frieden".

Besonderheiten faschistischer Ausdrucksweise.

Mussolini gewährte einem Sonderberichterstatter das französischen Blattes „Intransigeant" eine Unterredung, in der er auf die „Lebensnotwendigkeit" Italiens hinwies, „seine Freiheit zu wahren", weil der östliche Teil des Mittelmeeres für das italienische Volk von größter Bedeutung sei. (Auf deutsch: Mussolini will sich nicht verpflichten, den Frieden mit Jugoslawien aufrechtzuerhalten, weil er auf jeden Fall Dalmatien haben will.)

Es gebe für Italien noch eine Reihe anderer lebenswichtiger Fragen, die bestimmt gelöst werden würden. Italien wünsche in Frieden zu leben. Dieser Frieden müsse jedoch auf Gegenseitigkeit beruhen. („Gegenseitigkeit' bedeutet, daß die anderen Staaten dafür, daß Mussolini keinen Krieg anfängt, ihm seine Wünsche im Frieden erfüllen.)

Um auf dem Wege der internationalen Verständigung vorwärts zu kommen, sei es notwendig, daß *einige* Männer sich zusammensetzten, um offen miteinander zu reden.

Den neuen französischen Botschafter in Rom, de Jouvenel, bezeichnete Mussolini als einen realistischen Charakter. (Ein ‚realistischer Charakter' ist ein Mann, der Verständnis für Mussolinis Interessen hat.)

Ohne Offizierstressen und Kommandorufe.

Das holländische Panzerschiff „De Zeven Provincien", das von seiner Besatzung dem Kommandanten und dem größten Teil des Offizierkorps entführt worden ist, ist seinen Verfolgern noch immer nicht erlegen. Das Regierungsschiff, das die Verfolgung zuerst aufgenommen hatte, hat seinen Posten einem Kollegen abtreten müssen — die Feuerung ist ihm ausgegangen, natürlich ohne daß mitgeteilt wird, ob es stets nur für zwei Tage Heizmaterial aufnehmen kann, oder ob etwa die Heizer dieses Schiffes für die mitgenommenen Kohlen eine bessere Verwendung wußten als die, zur Festnahme der Aufrührer beizutragen.

In Holland nimmt man die Meuterei ernst. Jedes Verhandeln mit den Aufrührern ist abgelehnt worden. Die Regierung fordert bedingungslose Uebergabe, andernfalls werde sie mit Gewalt vorgehen. Aus Angst vor Ansteckungsgefahr hat der Verteidigungsminister den Angehörigen von Heer und Marine den Besitz und die Verbreitung sämtlicher sozialdemokratischer Zeitungen Hollands verboten!

Einheitsdemonstration der Berliner Arbeiterschaft

Stärkt die Einheit trotz der Bonzen!

Hr. Der Lustgarten faßte die Menge der Demonstranten nicht. Viele Züge blieben in den Zugangsstraßen stehen, weil der Platz von Teilnehmern schon gedrängt voll war. Neben den drei Pfeilen auf Fahnen und Abzeichen begegnete man immer wieder Menschen, die die beiden roten Fahnen der „Antifa" trugen. Dieses schöne Nebeneinander der beiden antifaschistischen Zeichen bildete immer von Neuem den Gesprächsgegenstand der Demonstranten. Vor mir, neben mir, hinter mir, immer wieder Bemerkungen: „Viele Kommunisten sind da!" „Freiheit!" „Rot Front!"

Die Musik schwieg. Künstler eröffnete die Kundgebung der „Eisernen Front". Er gedachte der Toten, die in diesen Tagen nationalsozialistischen Mördern zum Opfer gefallen sind. Aber er nannte — außer der Wirtin der „Pappschachtel" — nur die getöteten Sozialdemokraten und Reichsbannerleute. Die in diesen Tagen ermordeten Kommunisten (Kollatsch, Berlin; Weckmann, Duisburg-Hamborn; Leuschner, Harburg-Wilhelmsburg) wurden nicht erwähnt!

Wels erhielt das Wort. Ehe er seine Rede beginnen konnte, tönten von der Schloßfreiheit herüber immer stärker werdende Rufe: „Rot Front!" Es war klar, ein geschlossener Trupp kommunistischer Arbeiter kam heran. Dann plötzlich, dicht vor dem Schloß, nahe der Rednertribüne, auf der Wels bereitstand, eine laute und klare Stimme:

„Wir begrüßen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei mit einem dreifachen . . ." die Gruppe fällt ein: „Rot Front! Rot Front! Rot Front!"

Lauter Beifall der umstehenden sozialdemokratischen Arbeiter. Wels hat auf diesen Gruß nicht einmal geantwortet.

Es war eine traurige Rede, der sinnlose und erbärmliche Versuch, angesichts der katastrophalen Niederlage und des Versagens der Arbeiterbewegung die eigenen Hände in Unschuld zu waschen und sozialdemokratische Leistungen zu feiern. Die Aufgaben, die heute vor der Arbeiterschaft liegen und ihr — bei Strafe des Versinkens in völlige Barbarei — die einheitliche und geschlossene Abwehr des Faschismus gebieten, werden durch diese alberne, nein: verbrecherische Selbstbespiegelung unmittelbar boykottiert:

Nichts von der Solidarität und dem Einheitswillen, der in dieser Demonstration seinen Ausdruck gefunden hatte,

klang in der Rede wieder. Wels schimpfte zwar nicht, aber, schäbiger noch als jedes grobe Wort: er tat, als gäbe es keine KP. Er protestierte gegen das Verbot des „Vorwärts"; daß die „Rote Fahne" dasselbe Schicksal getroffen hatte, wurde nicht einmal erwähnt.

Und nichts von Kampfeswillen und Widerstand gegen die Vorstöße der Reaktion!

Das Außerkraftsetzen der Entscheidung des Staatsgerichtshofs, die sozialdemokratischen Ministern einen bescheidenen Rest der ihnen zustehenden Befugnisse sicherte, veranlaßte den Vorsitzenden dieser Partei nur zu dem Seufzer: „Notverordnung über Notverordnung!"

Die Demonstration mußte — auf polizeilichen Befehl! — schon im Lustgarten aufgelöst werden. Geschlossene Rückzüge waren nicht gestattet. Es war ein müdes Auseinandergehen, ohne Kraft und Schwung. Und doch waren Tausende, Zehntausende von Menschen hier zusammengekommen, große Scharen unter ihnen mit dem festen und klaren Willen zum einheitlichen, entschlossenen Vorgehen. Warum gelingt es nicht, die Bereitschaft zur Einheit der Arbeiterschaft und zur Abwehr des Feindes so zu stählen und zum Durchbruch zu bringen, daß gemeinsame Kampfaktionen erzwungen werden? Warum ist es bis heute nicht gelungen, die einfache und zur Zeit am nächsten liegende Aufgabe zu lösen, die Listen 2 und 3 der Reichstagswahlvorschläge zu einer einzigen Arbeiterliste zusammenzubringen?

Im Lustgarten war es die Sabotage der SP-Bonzen, die die Mobilisierung der Kraft und des Kampfeswillens der Massen verhindert hat. Es ist noch Zeit, eine derartige Sabotage der Einheitsaufgabe für den 5. März zu durchkreuzen. Fort mit den Saboteuren der Einheitsfront! Fordert und erzwingt zum 5. März die Einheitsliste der Arbeiterschaft!

Der Streit der Parteiinstanzen.

Zu Beginn der Kundgebung fand — unbemerkt von den meisten Demonstranten — ein Zwischenspiel statt, das schon am nächsten Morgen wieder den Organen von KP und SP Gelegenheit gibt, gegen einander, statt gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen.

Die „Rote Fahne" berichtet:

„Im Auftrag der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Berlin-Brandenburg begab sich vor Beginn der SPD-Veranstaltung der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion, Genosse Ernst Torgler, im Lustgarten zur SPD-Führung und verlangte, vor den SPD-Arbeitern eine Einheitsfronterklärung abgeben zu können.

Wendt vom Bezirksvorstand der SPD erwiderte: „Da hätten Sie vorher kommen sollen!" Genosse Torgler ließ aber nicht locker, gab Wendt sogar den Wortlaut der Erklärung . . . . Wendt begab sich zu Wels und Künstler, kam aber schon nach wenigen Augenblicken zurück mit dem Bescheid: „Ausgeschlossen! Da hätten Sie heute mittag kommen sollen!"

Der „Vorwärts" schreibt:

„Später erfuhr man, daß der kommunistische Abgeordnete Torgler von der Versammlungsleitung unmittelbar vor Beginn der Veranstaltung verlangt hatte, sie solle ihm das Wort geben, damit er das Flugblatt verlesen könne. Die Versammlungsleitung hat das mit Recht abgelehnt. Bekam Torgler das Wort, so bestand die Gefahr, daß die Polizei eingriff, was angesichts der ungeheuren Menschenmenge zu unabsehbaren Konsequenzen führen konnte."

Der kommunistische Aufruf, den Torgler verlesen wollte, lautete:

„Sozialdemokratische Klassengenossen! Kameraden des Reichsbanners und der ‚Eisernen Front'!

Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg richtet den offenen Faschismus in Deutschland auf. . . . Wir müssen deshalb sofort die Einheitsfront zum gemeinsamen Kampfe schließen. Es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse, um Lohn und Brot.

Die Kommunistische Partei will diese Einheitsfront aller Werktätigen. Sie will sie um des Kampfes willen.

Sie hat in dieser Zeit wiederholt das Angebot an die Sozialdemokratie, an die freien und christlichen Gewerkschaften gerichtet, gemeinsam die Arbeiterschaft gegen den Faschismus und gegen das Unternehmertum aufzurufen.

In diesen Stunden der höchsten Gefahr wendet sich die Kommunistische Partei erneut an euch in der Sozialdemokratie, in den freien und christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter. . . .

Tretet deshalb sofort in jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in allen Wohngebieten zu gemeinsamen Versammlungen und zur Bildung der Kampforgane zusammen. . . .

Es lebe die revolutionäre Einheitsfront aller Werktätigen!

Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei."

*

An solchen kindischen Streitereien gehen Einheitsaktionen kaput: Die Kommunisten bringen ihr Angebot so an, daß bei den notverordneten Anmeldeverpflichtungen das Eingehen auf ihre Forderungen das Auffliegen der Kundgebung mehr als wahrscheinlich gemacht hätte, und die Sozialdemokraten nehmen das zum Anlaß, das Angebot überhaupt totzuschweigen, statt ihm und dem in der Versammlung lebendigen Einheitswillen ein starkes und reines Echo zu geben.

Woran eine Einheitsfront scheitern kann.

Am 21. Januar berichteten wir über die Verhandlungen, die zwischen den französischen Arbeiterparteien stattgefunden haben mit dem Ziel, eine gemeinsame öffentliche Diskussion zustandezubringen. Diese Verhandlungen sind durch einen Brief, den Thorez, der Sekretär der KPF am 6. Februar an Paul Faure, den Sekretär der SFIO gesandt hat, abgebrochen worden. Thorez stützt sich vor allem auf einen Artikel, den Lebas, ein Mitglied des Vorstandes der SFIO, in einer sozialistischen Zeitschrift geschrieben hat und in dem er angeblich die Bedingungen der Kommunisten glatt ablehnt. Den Sozialisten werden dann ihre Verhandlungen mit bürgerlichen Parteien vorgeworfen, „die den Zweck haben, deren Klassenziele zu fördern und so vor den Arbeitern die Handlungen Ihrer Partei zu verdecken, die zweifellos gegen das Proletariat gerichtet sind . . .".

Wir wollen dieses Dokument nicht weiter zitieren und auch nicht auf den danebenstehenden Artikel eingehen, in dem u. a. damit, daß ein sozialistischer Abgeordneter Vorsitzender der Kammer ist, bewiesen wird, daß die Sozialisten keine Klassenpolitik treiben. Trotz dieses Ausgangs der Einheitsverhandlungen, der zeigt, daß der Druck auf die Führer beider Parteien, die in Frankreich gleich dickschädelig sind wie die in Deutschland, noch nicht genügt hat, bleiben wir bei unserem Urteil, daß es ein Erfolg ist, wenn wenigstens der *Versuch* unternommen wird, eine Verständigung der Parteivorstände zustandezubringen. Und wenn in diesem Fall die weitere Bedingung der Einheitsfront, nämlich der ehrliche Wille der verantwortlichen Führer, sie zustandezubringen, wenigstens auf *einer* Seite nicht vorhanden war, so zeigt die Tatsache, daß die Führer der Arbeiterparteien sich trotzdem zusammengesetzt haben, daß die Arbeiter die Einheitsfront fordern und daß

sie die Führer, wenn diese Forderung noch energischer angemeldet wird, in eine Einheitsfront hineinzwingen können.

Auf die Unhaltbarkeit der bisherigen Organisation der Arbeitslosenfürsorge hat der Landkreistag in einem Schreiben an den Reichskanzler hingewiesen. Das fortdauernde Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen bedrohe die Finanzlage der Landkreise auf das Ernsteste. Die bisherige Dreiteilung der Arbeitslosenhilfe sei aus finanziellen, fürsorge- und verwaltungspolitischen Gründen nicht mehr erträglich. Es müsse eine Zusammenfassung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge finanziell und organisatorisch erfolgen.

Gegen kommunistische Schriften.

In Leipzig beschlagnahmte die Polizei in den Räumen der kommunistischen Bezirksleitung und in der Wohnung eines früheren Mitgliedes der Bezirksleitung etwa 2000 „hochverräterische und illegale" Schriften. Eine Person wurde verhaftet.

Ein aus Kassel kommender Lastkraftwagen mit kommunistischen Schriften (16 Zentner, 120 000 Stück) wurde auf die Angaben des Kasseler SA-Führers in Berlin beschlagnahmt.

Die Chemnitzer kommunistische Zeitung „Der Kämpfer" ist wegen Aufforderung zum Generalstreik beschlagnahmt worden.

A. M. FREY (22

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1933 by G. Kiepenheuer Verlag AG. Berlin.

Im Arztunterstand sagt er: „Das ist ein ekelhafter Heimtücker, dieser Pöffel da! Meinen S', er war damisch, oder war er unverschämt, der Hannes?"

Funk beeilt sich zu versichern, der Mann sei gewiß schlafbefangen gewesen.

„Ich kenn' ihn lang'", sagt Lipp sinnend. „Er ist ein verbitterter Mensch. Er ist seit Anfang dabei. Er hat Pech gehabt. Im Herbst vierzehn wird er schwerverwundet — durch einen Unfall: im Ruhequartier läßt beim Putzen der Nebenmann sein unentladenes Gewehr losgehen. Der Schuß schlägt dem Pöffel durch die Brust. Aber er wird völlig wiedergergestellt und kommt wieder ins Feld und macht wieder Dienst. Wär' die Kugel eine englische oder eine französische gewesen, so hätt' er längst das Eiserne Kreuz. Das wurmt ihn."

Zum erstenmal in den Gesprächen mit Lipp horcht Funk auf. „Und weshalb hat er es nicht bekommen?"

„Das begreifen Sie nicht?" fragt Lipp unwillig. „Hier handelt sich's doch nur um ein Unglück. Ebensogut hätte er von einer Leiter fallen oder einen Schuhnagel mit dem Essen verschlucken können. Dafür wird man nicht dekoriert. Wo sollte sonst haltgemacht werden? Weshalb dann nicht auch Blinddarmoperierte oder Furunkelmatadore auszeichnen?"

„Die gehörten freilich alle ausgezeichnet", sagt Funk halblaut.

„Aber Sie sind gut!" grölt der Stabsarzt. „Wo bleibt dann der Begriff des Helden?"

„Ja, — wo bleibt der?" erwiderte Funk.

Lipp ist baff. „Erlauben Sie, ich selber habe um den Sanitätsorden eingegeben."

Funk hat schon gemerkt, man kann manches riskieren. „Ich habe die Leistungen des Herrn Stabsarztes selbstverständlich nicht in Frage ziehen wollen", entschuldigte er sich kühl.

„Wieso ist auf einmal von mir die Rede! Ich muß schon sagen . . .!" schreit Lipp.

Funk beschwichtigt: „Wir sind über den Begriff des Helden auf Persönliches gekommen. Uebrigens nicht durch mich, Herr Stabsarzt. Der heutige Held — erleidet er nicht sozusagen immer nur Unfälle? Wenn ich in die Stellung gehe und heil zurückkomme — habe ich Glück gehabt so, wie der Pöffel damals Pech gehabt hat."

Der Stabsarzt spricht überlegen durch die Hakennase: „Sie sind ein Jesuit, Funk. Ein Sophist, scheint mir. Es bleibt doch immer der Wille zur Leistung — bei denen, die belohnt werden sollen."

„Nehmen wir's an, Herr Stabsarzt. Aber der Wille zur Leistung war beim Pöffel — und bei jedem hier draußen — der Wille, Soldat zu sein, die Bereitschaft, Soldatisches auf sich zu nehmen. Diese Bereitschaft dann in Einzelheiten zu zerlegen, von denen die eine als heldisch, die andere als profan angesprochen wird, geht nicht an."

„Haben Sie Philosophie studiert, Funk?"

„Nein, ein paar Semester Jus."

„Gottlob. Sie müßten sich sonst von ihrem Professor das Lehrgeld wieder herausgeben lassen. Sie treiben Silbenstecherei. Nichts können wir im Augenblick weniger gebrauchen als theoretisches Gestrüpp. Ich, sehen Sie — ich arbeite praktisch, und zwar gegen ganz reales Gestrüpp. Haben S' schon was von meinen Gärten in Fournes gehört?"

Funk bejaht aufatmend. Ihm ist es recht, daß abgeschwenkt wird ins Alltägliche.

Lipp kommt hervor aus dem großen Polstersessel, er durchwandert seinen Unterstand, er geht federnd um sein Bett herum, das mitten im Wege steht mitsam den vier Feldkesseln. Er belebt sich, sein Faungesicht beginnt stolz zu grinsen, er reitet sein Steckenpferd in allen Gangarten: „Die Gärten werden Sie ja selber bald kennenlernen. Das heißt, in dieser Jahreszeit ist nicht viel los, ich zieh' nur einiges in Glashäusern, die geheizt werden — jawohl, das hab' ich zuwege gebracht! Aber im vergangenen Sommer und vor einem Monat noch hätten Sie sehen sollen, was alles unter meiner Hand gewachsen ist. — Ich weiß schon: von gewisser Seite her heißt es, ich kümmere mich nicht genügend um den Hannes, wenn er krank ist. Alles Unsinn, zum Beispiel diese Furunkelbehandlung. Man kann mir nicht zumuten, daß ich die Tage damit verbringe, Abszesse wie meine Erdbeeren zum Reifen zu verlocken, sie dann liebevoll zu öffnen und den Eiterbaz zärtlich in Wattebäuschchen zu drücken. Wie mich's ankotzt, das ehrgeizige Getue der Herren Kollegen: der eine brennt sie aus, seine verehrten Furunkel — no, der ist ja jetzt erledigt —, der andere umwickelt seine angebeteten, der dritte hat mal was gehört von Höhensonne und läßt die ramponierten Haxen in die frische Luft betten. Alles Mist — wenn sie Spinnweben darüber breiten, ist für den Verlauf schließlich auch etwas getan. — Wer aber tut wirklich was für den Gesundheitszustand der Truppe? Schauen Sie, ich, Funk! Die ganzen Stoffwechselkrankheiten, mit denen wir zu kämpfen haben, rühren daher, daß der Soldat sich egal Büchsenfleisch in den Wanst schlagen muß und kein frisches Gemüse zu kauen kriegt. Wer baut Gemüse an, unermüdlich, Tag und Nacht? Ich."

„Herr Stabsarzt liefern an die Feldküchen?"

„An die — vorerst in der Hauptsache an die Stäbe. Es ist nicht leicht, ausreichende Quantitäten zu erzeugen. Dem Feldlazarett habe ich übrigens Obst hintergeschickt, jawohl, Waschkörbe voll Ananaserdbeeren."

Funk erinnert sich, von den Erdbeerfeldern des Stabsarztes gehört zu haben. Ein Lazarettsoldat ist eines Tages aus irgendeinem Grund nach vorn gekommen und hat den Krankenträgern erzählt: „Ihr könnt euerm Ober sagen: bis seine Erdbeeren hinten bei uns angekommen sind, war die Hälfte weggestohlen und der Rest ein matschiger Brei, der in die Latrine geschütt' worden ist." — Funk sieht den Arzt grübelnd an, er hat Lust zu reden, aber er findet die Form nicht. Lipp hat ein gutes Witterungsvermögen. Er spürt, daß etwas nicht in Ordnung ist. Plötzlich schickt er Funk fort: er müsse Briefe schreiben. — **(Fortsetzung folgt.)**

Kündigungsschutzgesetz und Unternehmertum

Das Reichsarbeitsministerium hatte vor einiger Zeit den vorläufigen Reichswirtschaftsrat ersucht, sich gutachtlich darüber zu äußern, wie das Kündigungsschutzgesetz zur Zeit der Krise wirke. Insbesondere wollte das Ministerium wissen, ob und in welchem Umfange das Gesetz zu einer schwer erträglichen Belastung von Unternehmungen führe, und ob es etwa gar zum Nachteil der Angestellten mit langer Dienstzeit wirke.

Während die Arbeitnehmer sich zu Gunsten des Gesetzes aussprachen, nahmen die Arbeitgeber dagegen Stellung. Interessant ist die Begründung dieser Ablehnung.

Die Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung hat danach zur vorsorglichen Kündigung gerade der Angestellten geführt, für die das Kündigungsschutzgesetz längere Kündigungsfristen festsetzt. Gekündigte Angestellte würden aber vielfach entlassen und die einmal entlassenen Angestellten,

um neuen Belastungen aus dem Kündigungsschutzgesetz zu entgehen, nur in seltenen Fällen wieder eingestellt.

Die entlassenen Angestellten wären vielfach vor dem Schicksal der Entlassung bewahrt geblieben, wenn nicht die langen Kündigungsfristen geschaffen worden wären, da man dann auf vorsorgliche Kündigung hätte verzichten können.

In vielen Betrieben seien sogar sämtliche Angestellte dauernd vorsorglich gekündigt.

Aus all diesen Tatsachen ergebe sich, daß man das wirtschaftliche Geschehen nicht in starre gesetzliche Vorschriften einengen, sondern es den menschlichen Beziehungen der Beteiligten überlassen solle, zumal es sich herausgestellt habe, daß die älteren Angestellten bevorzugt behandelt würden.

Wir sehen die bevorzugte Behandlung der älteren Angestellten nach dem eigenen Geständnis der Unternehmer nur in der bevorzugten Entlassung. Damit haben die Unternehmer selbst einen hinreichenden Beweis für die „soziale Gesinnung" geführt. Wenn es einen Sinn hätte, der heutigen Regierung in dieser Beziehung etwas zu raten, so würden wir deshalb statt der Aufhebung des Gesetzes eine Aenderung empfehlen, die den Unternehmern die Lust an der „vorsorglichen Kündigung" rauben würde.

H. Lm.

Streik bei Raky.

Die Belegschaft des Betriebes Oberg der Erdölbergbau-Gesellschaft Raky hat am Montag wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. Auch in den übrigen Betrieben der Werke in Oelerse und Oelheim u. s. w. sind die Arbeiter in den Ausstand getreten.

Gegen die Schande der Tiermarter.

Das Ehrenmitglied der französischen Tierschutzgesellschaft, Wilhelm Walther, Bad Homburg v. d. H., hat **in Uebereinstimmung mit zahlreichen Gesinnungsfreunden an den Präsidenten des Deutschen Reichstags eine Eingabe gerichtet,** in der er das gesetzliche Verbot der Vivisektion **fordert.** Er meint, es sei unbegreiflich, daß derselbe Staat, der eine moralische Autorität zu sein beansprucht, diesen „Schandfleck der Menschheit" noch duldet. Er gibt Fälle zu, in denen Versuche und Operationen ohne Bedenken ausgeführt werden könnten, fordert dafür aber eine staatliche Kontrolle und die Aufsicht durch den zuständigen Tierschutzverein.

Ob der Reichstagspräsident gerade die richtige Adresse für solche Anträge war, ist allerdings mehr als fraglich. Goering gehört nämlich einer Partei an, die nichts gegen die Einbürgerung des menschenfreundlichen Liedes „Judenblut muß fließen" hat und damit dokumentiert, daß sie auch die Vivisektion an Menschen in Ordnung findet.

Jedenfalls ist es um die Rechte der Tiere schlecht bestellt, wenn außer solchen Appellen an Behörden nichts geschieht. Es muß dazu kommen eine intensive Arbeit für die Durchsetzung des Rechts überhaupt, dafür, daß sowohl bei den Behörden als auch bei den übrigen Staatsbürgern der Geist der Rechtlichkeit zum herrschenden wird. Es kann ihm sonst das Gleiche passieren, wie den beiden Damen des Tierschutzvereins in Madrid, die sich an den dortigen Bürgermeister mit der Klage wandten, daß trotz des Verbots wieder gebratene Vögel zum Kaufe angeboten würden, und die Antwort erhielten: „Wo gibt es denn die? Sie schmecken mir nämlich ausgezeichnet."

Die Erde bebte in Baden und in Samoa. Während in Baden nur ein Registrier-Instrument des Geodätischen Instituts der Technischen Hochschule in Karlsruhe infolge der Heftigkeit des Bebens außer Tätigkeit gesetzt wurde, kam es in Samoa bis zu Beschädigungen von Häusern. Das Zentrum des badischen Bebens scheint im Bodenseegebiet oder in der Schwäbischen Alp gelegen zu haben.

Von Gleichen, der Herausgeber der nationalistischen Zeitschrift „Der Ring", verwahrt sich und den Herrenklub gegen die Behauptung, Werner von Alvensleben, der kürzlich über das Intrigenspiel bei der Regierungsbildung Auskunft gegeben hat, sei der Vorsitzende des Herrenklubs. Dieser Vorsitzende heiße vielmehr Bodo von Alvensleben, er, nicht sein Namensvetter Werner, sei der Freund Papens; Werner sei dagegen der Intimus des Herrn Schleicher.

Unterernährung der Wohlfahrtserwerbslosen.

Durch amtliche Untersuchung wurde kürzlich einwandfrei festgestellt, daß die Wohlfahrtsempfänger in Berlin sich nur noch völlig unzulänglich ernähren können. Für den einzelnen bleiben für die tägliche Ernährung nach Abzug von Miete u. s. w. lediglich 55 Pfennig. (Was wir für viele Fälle noch nicht einmal glauben.) Die Kost, die mit diesen Mitteln beschaffe werden kann, wurde nun im Krankenhaus Am Urban mit Unterstützung des Reichsinnenministeriums auf ihre Zulänglichkeit bzw. Unzulänglichkeit nach genauen Methoden untersucht. Es ergab sich einwandfrei, daß die Kost nicht ausreicht. Das Gewicht sank bei der Mehrzahl der Untersuchten. Ihre Körperreserven wurden in erheblichem Maße in Anspruch genommen.

O heiliger Bürokratius!

Wer keine Arbeit hat, der mache sich welche.

Am 1. November 1932 bekam meine Mutter von der Jugendbehörde einen fünfjährigen Jungen in Pflege. Am 5. November stellte die „Schwester" einen Antrag auf Weiterzahlung der Unterstützung des Pflegekindes. In acht Tagen sollte alles in Ordnung sein, so wurde meiner Mutter von der Pflegeschwester gesagt. Aber erst am 7. Dezember, also *fünf Wochen*, nachdem meine Mutter das Kind in Pflege bekommen hatte, wurde zum ersten Male das Pflegegeld ausgezahlt! Inzwischen war meine Mutter zwei Mal und ich vier Mal wegen des Pflegegeldes bei der Wohlfahrtsbehörde, jedes Mal haben wir dort zwei bis drei Stunden warten müssen.

Wie kommt es, fragt sich nun jeder vernünftig denkende Mensch, daß es so lange dauerte? Warum wird denn das Pflegegeld nicht einfach weitergezahlt? Die Sache liegt so: Jede Blockstelle der Wohlfahrtsbehörde hat einen bestimmten Fonds zur Verfügung, mit dem sie wirtschaften muß. Jeder bei ihr gestellte Unterstützungsantrag wird von ihr neu geprüft. Da das Kind zu einem anderen Block kam, muß dieser Block erst die Unterstützung bewilligen, das heißt: der Wohlfahrtsbeamte nimmt den Antrag auf und stellt ihn dann in der nächsten Blockstellensitzung. Je nachdem, wie der Beamte den Antrag verficht oder wie der Fall liegt und wie viel Geld noch vorhanden ist, wird über den Antrag entschieden. Der bewilligte oder abgelehnte Antrag geht dann zum Beamten zurück, der das Weitere veranlaßt. Im obigen Falle hatte es fünf Wochen gedauert, bis der Antrag alle Maschen des Netzes der Bürokratie durchlaufen hatte. Man stelle sich nun mal vor, das Kind wäre nicht zu *guten* Pflegeeltern gekommen und die Pflegeeltern wären *dringend* auf das Pflegegeld angewiesen.

Da dieser fünfjährige Pflegejunge schon die *vierzehnte* Pflegestelle hat, wanderten die Akten vierzehn Mal von einer Blockstelle zur anderen, wurde vierzehnmal ein neuer Antrag gestellt, vierzehnmal bewilligte die Wohlfahrtsblockstelle in vierzehn Sitzungen das Pflegegeld!

Können Bürokraten davon nicht leben? Wer keine Arbeit hat, der schafft sich welche. Blechen können die Proleten!

Der um sein Wiederaufnahmeverfahren kämpfende Arzt Dr. Richter, der wegen Vergiftung der Krankenschwester Mertens zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden war, hatte sich vor einigen Wochen zu einem Experiment angeboten: er wollte den Nachweis führen, daß die im Darm der Getöteten aufgefundene Giftmenge einen Menschen nicht töten könne. Das Oberlandesgericht in Köln hat jedoch ein Wiederaufnahmeverfahren abgelehnt.

Infolge der Explosion in den Renault-Werken in Paris sind bisher insgesamt neun Arbeiter ums Leben gekommen. Einige Schwerverletzte schweben noch in Lebensgefahr.

Arbeiter-Stenographen-Verein Groß-Berlin.

Ortsgruppe des Arbeiter-Stenographenverbandes für das deutsche Sprachgebiet.

Reichskurzschriftkurse: Neukölln: Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Straße 209: Freitag, 19.30—21.30, für 90—130 Silben: Donnerstag, 19.30—21.30, für 140—220 Silben, Debatte. Jugendheim Steinmetzstraße 94: Donnerstag, 19.30—21.30, für Wiederholung und Diktat bis 70 Silben. Norden: Volksschule, Schulstraße 99: Montag, 19.30—21.30, für 40 bis 110 Silben. Nordosten: Jugendheim Danziger Straße 62: Dienstag, 20.00—22.00, für 100—150 Silben, Debatte; Freitag, für 40—120 Silben: Volksschule Senefelder Straße 6, Hof rechts: Montag, 20.00—21.30, für Wiederholung und Diktat, 40—60 Silben. Schöneberg: Volksschule Feurigstraße 57: Dienstag, 19.30—21.00, Wiederholungskursus.

Weitere Auskunft durch den Vorsitzenden: O. Wenghoefer, Velten (Mark), Wilhelmstraße 10a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann. Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH. Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Seifen Wirtschaftsartikel
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren-Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M.-Niederwald
Engelsplatz 12

Getrocknete Bananen
sind nahrhaft u. billig, als Brotbelag und zum Obst für jung und alt zu verwenden.
Postpäckchen 4 Pfund brutto nur 3 Mark, frei Haus, n. a. Orten.
Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.v.Guerickestr. 104

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.

Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten

Wer unsere Schriften noch nicht kennt,
ersuche uns um Zusendung von Probe-Schriften.
Kostenfrei
liefern wir 12 Flugblätter und 1 Nummer unserer „Mitteilungen".
Gegen vorherige Zahlung von 1 M.
liefern wir 12 Flugblätter, 3 Nummern unserer „Mitteilungen" (80 Seiten) und 12 Klebemarken.
BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15
Düsseldorfer Straße 23. — Postscheckkonto Nummer 567 71 Berlin

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Eine neue Schallplatte der Ernst-Busch-Serie
Jetzt auf „Gloria" für nur 1,50 M.
Anrede an ein neugeborenes Kind, aus dem Granowsky-Tonfilm „Das Lied vom Leben" Eisler, Mehring
Ballade vom Soldaten . . . . Eisler, Brecht
Früher sind erschienen:
Ballade vom Säckeschmeißen / Solidaritätslied.
Lied der Baumwollpflücker / Ballade vom Nigger Jim.
Lied der Bergarbeiter / Lied der Arbeitslosen.
Plattenpreis je 1,50 Mark.
Otto Pfotenhauer, Weimar, Gläserstr. 14

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Seit 7. Februar:
Das schöne russische Filmepos:
ERDE von Dowshenko
Dazu der Studiofilm 1929:
Menschen am Sonntag
Regie: Robert Siodmak
Anfangszeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr

Deutschland auf dem Wege zum offenen Faschismus!
Welchen Terrormaßnahmen die Arbeiterschaft unter dem offen regierenden Faschismus ausgesetzt ist, das zeigt Bulgarien. Wer die Tatsachen über den Faschismus in Bulgarien noch nicht kennt, der lese die Schrift:
Die Henker.
Von Henri Barbusse.
143 Seiten. / Mit zwei Landkarten. / Broschiert 2,50 Mark.
„Ein sachlicher, gerade durch seine Nüchternheit erschütternder Bericht von dem Verwaltungs- und Justizterror, der heutzutage in manchen Balkanstaaten herrscht."
„Berliner Börsen-Courier", Nr. 234, vom 20. 5. 1927.
„Die ‚Henker' gehören in die Hände der Jugend, sie gehören in die Hände eines jeden denkenden und ehrlichen Menschen."
„Die Welt am Abend", Nr. 115, 1927.
Verlag „Öffentliches Leben", Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42.

Um die badische Simultanschule

Die Angriffsstellungen werden bezogen.

Wnck. Bekanntlich sind das katholische Konkordat und der Staatsvertrag mit der evangelischen Landeskirche seinerzeit vom badischen Landtag mit 44 gegen 12 Stimmen angenommen worden. Die von der SPD nach der Revolution von 1918 errichtete Regierungskoalition mit dem Zentrum ging in die Brüche. An Stelle der bisherigen stabilen Regierungsverhältnisse gibt es jetzt keine Mehrheit für die Regierung. Da im Spätjahr die Neuwahlen stattfinden, trat die Regierung nicht zurück. Aber das von der SPD innegehabte Innenministerium war neu zu besetzen. Gewählt wurde der Volksparteiler Umhauer, der Ministerialrat im Justizministerium war. Umhauer ist evangelisch, Präsident der Landessynode und gehört innerhalb seiner Kirche der orthodoxen Richtung an.

Seine Wahl durch das Zentrum ist ein Ausdruck für den Wunsch, konfessionellen Frieden mit der evangelischen Kirche zu schließen. Durch das Konkordat ist die Stellung der katholischen Kirche außerordentlich gestärkt, und die Zustimmung der evangelischen Kirche und der Synode hat durchaus nicht die Billigung aller Protestanten Badens gefunden. Diese Stimmung ist allerdings nicht der Grund gewesen für die Ablehnung der Verträge durch die DNVP, die NSDAP und den Evangelischen Volksdienst, die im Landtage nur deshalb mit „Nein" stimmten, weil ihnen die Bestimmungen des evangelischen Kirchenvertrages nicht weit genug gingen. Sie wollten volle Gleichstellung mit der katholischen Kirche.

Mit dieser Forderung dokumentiert sich ein protestantischer Klerikalismus, der reif ist für ein Bündnis mit dem Zentrum. Die Wahl des „rechten" Protestanten Umhauer ist darum ein kluges Zugeständnis des Zentrums und eine weitschauende Vorbereitung für die kommenden Wahlen.

So sichert sich das Zentrum einen Bundesgenossen in seinem Kampf gegen die ihm so verhaßte Simultanschule.

Der Badische Lehrerverein erkennt die der Simultanschule drohende Gefahr. In einem Aufrufe des Vorstandes heißt es:

„Unsere Simultanschule, die eigentliche Gewähr des Schulfriedens in Baden, ist gegenüber all den Zugeständnissen, die den Konfessionen geworden sind, ungeschützt... Der Badische Lehrerverein betrachtet es als seine hervorragende Aufgabe, über den Bestand unserer badischen Simultanschule zu wachen."

Es gibt ein sehr einfaches Mittel, eine einheitliche Volksschule zu schaffen:

die Lehrer weigern sich, weiterhin Religionsunterricht zu erteilen.

Neuer Universitätsskandal!

Randalierende Studenten setzen ein Versammlungsverbot durch.

Die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft an der Universität Münster i. W., ein studentischer Diskutierklub, der sich politisch noch nicht hervorgetan hat, hatte den Hamburger Nationalökonomen Heymann zu einem Vortrag über die sozialistische Planwirtschaft eingeladen. Die Veranstaltung wurde von dem geschäftsführenden Direktor des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts, Professor Bruck, genehmigt, der dafür einen Hörsaal des Instituts zur Verfügung stellte. Die Arbeitsgemeinschaft hatte dem geschäftsführenden Direktor schriftlich bestätigt, daß der Vortrag rein wissenschaftlichen Charakter tragen und sich jeder parteipolitischen Erörterung enthalten werde.

Der Montag Abend war für die Veranstaltung angesetzt. Heymann hatte seinen Vortrag kaum begonnen, als aus der Zuhörerschaft Schimpfworte laut wurden.

Daraufhin ging Professor Weber (Ztr.), der Direktion des Instituts, nach vorn und fragte die Versammlung, ob von den Anwesenden der wissenschaftliche Charakter des Vortrages geleugnet werde. Einige Teilnehmer erklärten die Veranstaltung für parteipolitisch, woraufhin Weber die Versammlung auflöste. und die Anwesenden aufforderte, das Haus zu verlassen. Das geschah.

Vor dem Institut standen, offenbar auf dieses Ergebnis vorbereitet, etwa 100 Menschen, die mit Schimpfereien und dann mit Prügeln über die Versammlungsteilnehmer herfielen. Mehrere Personen wurden verletzt.

Werden die Universitäten protestieren, wenn einer ihrer Professoren die Meinungsfreiheit so mit Füßen tritt, daß er auf die Provokation eines verhetzten Burschen hin Andersdenkenden das Wort entzieht?

Der tägliche Blutpreis für den Faschismus.

Wieder zwei Tote

als Opfer des Bürgerkrieges! Außerdem liegen Meldungen neuer Gefechte von geringerer Bedeutung vor.

Breslau. Am Dienstag der vergangenen Woche hatte die Polizei beim Auseinandertreiben kommunistischer Demonstranten einen Kommunisten erschossen und zwei andere durch Schüsse verletzt.

Einer dieser beiden Verletzten, der Arbeiter Kuhnert, ist jetzt gestorben.

Hamburg. Unsere bereits zart angedeutete Vermutung, daß es sich bei der Erschießung der jungen Nazi Neubauer um einen Mord unter SA-„Kameraden" handelt, wird durch folgenden Polizeibericht verstärkt:

„Am Dienstag stellte sich der hiesigen Kriminalpolizei der 22jährige Nadolny und erzählte, Neubauer habe ihm gestern abend in dem fraglichen Lokal einen geladenen Revolver überreichen wollen. Im Augenblick der Uebergabe der Waffe habe sich ein Schuß gelöst, der den Neubauer traf. Nadolny ging nach seiner Darstellung später zur Lombardsbrücke, wo er die Waffe in die Alster warf. Er fuhr nach Itzehoe und kehrte am Dienstag nach Hamburg zurück."

Köln. In der Nacht zum Montag wurden bei einer Schießerei in der Thieboldgasse zwei Männer schwer verletzt.

Einer von ihnen ist jetzt gestorben.

Die Polizei teilt mit, trotz zahlreicher Vernehmungen immer noch kein einwandfreies Bild von dem Hergang der Schießerei zu haben. Im übrigen hat sie folgendes gemeldet:

„In der Nacht zum Montag sollen auf das Verkehrslokal der NSDAP in der Sternengasse verschiedentlich Schüsse abgegeben worden sein. Hierauf begaben sich uniformierte SA- und SS-Leute auf die Straße und stellten Passanten zur Rede. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen kam es nach Zeugenaussagen zum Waffengebrauch."

Die Thieboldsgasse ist eine rein proletarische Straße, in der bewaffnete Nazis sich nur zum Zweck der Provokation aufhalten können. „Es kam zum Waffengebrauch", sagt der Polizeibericht dunkel. Wer hat geschossen? Von welcher politischen Richtung sind der Ermordete und der andere Schwerverletzte? Hierüber schweigt die Polizei bisher.

SA-Mann gesteht Mord an Kommunisten.

Aufklärung in Harburg-Wilhelmsburg.

Wie die Polizei zu der Schießerei in der Nacht zum Dienstag weiter mitteilt, hat einer der festgenommenen Nationalsozialisten, der SA-Mann Bornemann, ein Geständnis abgelegt, die Schüsse abgegeben zu haben, durch die der Kommunist Leuscher getötet und ein anderer verletzt wurde. Borneman wurde in Untersuchungshaft behalten, ebenso die anderen drei Nationalsozialisten, die der Begünstigung beschuldigt werden.

Gegen Bornemann ist bereits die Eröffnung der Voruntersuchung beantragt worden.

Preußenklage.

16 Seiten lang, unter Beifügung von 53 Seiten Briefwechsel, ist die Klage des Landes Preußen gegen das Reich und den Reichskommissar am 7. Februar beim Reichsgericht eingebracht worden. Der Klageantrag lautet: „Der Staatsgerichtshof wolle erkennen: Die auf Grund des Artikels 48, Abs. 1 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Herstellung der Ordnung der Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar 1933 steht mit der Reichsverfassung nicht im Einklang und ist daher ungültig."

Aus dem Briefwechsel, der der Klage Preußens gegen das Reich beigegeben worden ist, geht u. a. hervor, daß Otto Braun sich in einigen Schreiben vorher an Hindenburg gewandt hat mit der Warnung, die geplante Verordnung zu erlassen. Weder der Hinweis auf die Verfassungswidrigkeit einer solchen Verordnung, noch der Hinweis auf die dadurch zum Ausdruck kommende Ignorierung des Staatsgerichtshofes haben die Berater des Reichspräsidenten veranlaßt, diesem von dem Erlaß der Notverordnung abzuraten. Sie ist sogar herausgegeben worden, bevor Otto Braun auf den letzten seiner Warnbriefe auch nur eine Antwort in der Hand hatte.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt offen. die Tatsache, daß Bayern sich der Klage Preußens nicht anzuschließen scheine, beweise, daß es kein Vertrauen zum Staatsgerichtshof mehr habe. Trotzdem müßten die Länder, selbst wenn sie sich auf die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel nicht mehr stützen könnten, ihr Recht suchen. Sie würden sich also darauf besinnen müssen, ihre politischen Mittel umso stärker und entschiedener zum Einsatz zu bringen. Eine dunkle Andeutung aus dem dunklen Bayern! Auf jeden Fall ist es nicht ganz sicher, daß ein Konflikt, wie der zwischen dem Reich und Preußen, in Bayern so glatt erledigt wird, wie dies in Preußen, dank der unglaublichen Nachgiebigkeit Otto Brauns und Severings, geschehen ist.

Ausschuß.

Der sogenannte Ueberwachungsausschuß des Reichstages ist aufgeflogen, als der Nationalsozialist Frank II mit seinen anwesenden Fraktionskollegen tobte und brüllte, weil Paul Löbe angeblich vor ein paar Tagen im lippischen Wahlkampf Hitler einen Slowaken mit blutigen Fingern genannt haben soll. Löbe bestreitet dies, Frank II bestreitet, gelärmt zu haben. Unser Vorschlag: Jede Ausschußsitzung auf Grammophonplatten aufzunehmen; jeden Abgeordneten, der lügt, mit Herausschneiden der Zunge zu bestrafen.

Der ständige Ausschuß des Preußen-Landtages stimmte Neuwahlen am 5. März zu. Die Vertreter des Zentrums, der SP und der KP beteiligten sich nicht an der Abstimmung, sondern protestierten gegen die Verfassungswidrigkeit der Auflösung des Landtages.

Präsident Kerrl hat den Aeltestenrat des Preußen-Landtages, trotz der Anträge der SP und des Zentrums, nicht einberufen, weil das Dreierkollegium angeblich mit seinem Auflösungsbeschluß diese Anträge erledigt hätte.

Gegen die von den Preußenkommissaren angeordnete Auflösung sämtlicher kommunaler Vertretungskörperschaften in Preußen ist seitens des Aeltestenausschusses der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und des Provinzialausschusses Hannover Protest eingelegt worden. Der Magistrat Frankfurts ist von dem Aeltestenausschuß aufgefordert worden, „gegen die plötzliche und durch keinerlei sachliche Gründe veranlaßte Auflösung" alle erforderlichen Schritte zu unternehmen. Der hannoversche Provinzialausschuß hat beschlossen, beim Staatsgerichtshof gegen die Auflösung zu klagen, da nach der hannoverschen Städteordnung eine Befugnis zur Auflösung nicht bestehe.

Sklavengesinnung.

Ein kirchlicher Würdenträger über die Aussichten seiner Kirche.

Hr. Einer der höchsten Beamten der protestantischen Kirche, der Generalsuperintendent der Kurmark, Otto Dibelius, hat in einer kleinen Broschüre („Das Wiedererwachen des Glaubens in der Gegenwart") über die Chancen, die er für seine Kirche sieht, Rechenschaft abgelegt. Was er im einzelnen an Lichtblicken und Gefahren sieht, ist für uns als Sozialisten und Freidenker im allgemeinen nicht von Bedeutung. Um so interessanter und wichtiger aber ist das Schlaglicht, das bei einer solchen „Analyse der Lage" auf den Verfasser und die von ihm vertretene Kirche fällt.

Dibelius sieht die Lage zunächst in trübem Licht. Seit dem Zeitalter der Renaissance (in dem der starre Dogmenglaube der Kirche durch kühne Geister attackiert wurde und in dem die Freiheit griechischen Denkens und die Strenge naturwissenschaftlichen Forschens im europäischen Geistesleben Boden gewannen) und dem der Aufklärung (in dem, nach Kants Worten, Menschen es unternahmen, sich ihres Verstandes zu bedienen) hat ein „Prozeß der Verweltlichung eingesetzt, der in Rußland seinen Höhepunkt erreicht hat und in Deutschland blüht — so klagt Dibelius. Als das entscheidende Kennzeichen dieses Prozesses gilt ihm das Folgende:

„Der Mensch will über sein Leben so verfügen, wie er es für richtig und vernünftig hält.

... Der Mensch steht seinem Leben gegenüber mit dem Anspruch der Autonomie. Nichts bindet ihn. Nichts verpflichtet ihn. Keine fremde Autorität. Keine Tradition von den Vätern her. ... Der Mensch von heute will keine Weltanschauung haben."

Es ist nicht so sehr der „moderne Mensch", über den uns diese Charakterisierung Aufschluß gibt, als vielmehr der Herr Generalsuperintendent selber und die Kirche, für die er ficht. Der Geist, von dem dieser Kirche Gefahr droht, ist danach die Bereitschaft, zu tun, was man selber für richtig und vernünftig erkannt hat, kein Gebot und keine Forderung als bindend hinzunehmen, es sei denn, man habe sie selber — unabhängig von allen Autoritäten und Traditionen — durch eigene Einsicht als verbindlich und notwendig erkannt. *Das* ist der wahre Geist der Autonomie, d. h. der Unterwerfung unter die ausschließliche Leitung durch die eigene Vernunft und die von ihr erkannten Gesetze. Für einen Menschen, der seinem Leben mit Ehrlichkeit und innerer Freiheit gegenübersteht, ist diese Haltung selbstverständlich — zum mindesten in dem Sinn, daß er sich um sie bemüht. Denn sie bedeutet nichts anderes, als daß er selber die Verantwortung für sein Handeln übernimmt und darum auch selber die Entscheidung darüber fällt, ob das, was er tut, richtig und vernünftig ist.

Sich blind von einer fremden Autorität oder Tradition in seinem Handeln bestimmen zu lassen, heißt, es dem Zufall überliefern, welche Mächte über das eigene Leben Gewalt gewinnen und wie weit das, was sie bestimmen, zusammenfällt mit dem, was richtig und vernünftig ist.

Für diese einfache Ueberlegung hat Dibelius kein Ohr. Für ihn ist Autonomie dasselbe wie die Willkür persönlicher Neigungen und Zwecke. „Nichts verpflichtet" den autonomen Menschen! Mit anderen Worten: Die Möglichkeit, auf Grund eigener Einsicht die eigenen Triebe und Leidenschaften zu bändigen und sie einem selbsterkannten und anerkannten Gesetz zu unterwerfen, gibt es für diesen Kirchenfürsten nicht. Er kennt nur zweierlei:

Skrupellosigkeit oder Sklavengesinnung;

denn jede Unterwerfung unter fremde Autorität und Tradition ist sklavische Aufopferung des eigenen Willens und der eigenen Verantwortung.

Dibelius entscheidet sich für den Sklavengeist, und er tut — als Diener der Kirche — gut daran.

Denn wer würde dieser Institution angehören, wenn alle Menschen es unternehmen würden, sich in ihrem Denken und Handeln durch die eigene Einsicht leiten zu lassen, sich selbst der Führung eines großen Geistes nur da anzuvertrauen, wo die eigene Vernunft die Ueberlegenheit des Führers erkannt hat, aber jeden Anspruch auf blinde, kritiklose Unterwerfung als schimpfliche Bevormundung zurückzuweisen?

Wo dieser Geist des Selbstvertrauens in einer Gesellschaft zur Herrschaft gelangt ist, da haben die Kirchen ausgespielt.

Das weiß Dibelius ganz genau; das hat er im Auge, wenn er nach Lichtblicken für seine Arbeit sucht:

Wo Menschen versagen im Streben nach einer selbsttätigen und kühnen Gestaltung ihres Lebens, da sieht er die Ernte der Kirche reifen.

Das unsichere und hilflose Herumtasten vieler Menschen unserer Tage, zwischen verschiedenen Extremen politischer und weltanschaulicher Meinungen, dieses traurige Zeichen einer in weiten Schichten haltlosen und verbildeten Generation, bedeutet für ihn „eine Disposition des Menschen für den Glauben" und damit den Ansatz für seine Ziele und die seiner Kirche. Wer daran verzweifelt, aus eigener Kraft sein Leben zu gestalten, der wird den Verlockungen einer Autorität, die ihn sicher zu führen verspricht, keine Widerstandskraft entgegensetzen.

Wie sich hiernach im Lichte der kirchlichen Pläne dieses Herrn die politischen Kämpfe der Gegenwart zeigen, ist nicht schwer zu erraten. Dibelius selber bestätigt uns, welche Hoffnungen er auf die Nationalsozialisten setzt. Sein Urteil über diese Bewegung: „Nicht zweckbestimmte Solidarität (wie bei den zum Klassenkampf rüstenden Sozialisten, Hr.), sondern Verbundenheit durch Blut und Geschichte — das ist es, was man fühlt, was man will. Nicht Interessengemeinschaft soll gebildet werden, sondern vorhandene Gemeinschaft soll gereinigt und zum Bewußtsein gebracht werden. Blutsgemeinschaft und Volksgemeinschaft lehnen sich auf gegen den Internationalismus der Klassengesichtspunkte. ... Das Ziel der deutschen Freiheit, das Ziel eines neuen starken, zukunftskräftigen Volkstums ist von anderer Art als das Ziel des klassenlosen Staates, das der marxistischen Bewegung vorschwebt. Es ist nicht von dem scharf berechnenden Verstand eines Juden erdacht. Es ist nicht mit rein materiellen Entwicklungen verbunden. Es stammt aus Gefühl, aus Instinkt, aus Regungen des Blutes. Es wird mit der Seele, nicht mit dem Verstand ergriffen. ... Nun sind diese Vorstellungen in der Tat zunächst sehr unklar gewesen und sind unklar bis zur Stunde. ... Soviel aber ist gewiß, daß schon der Gegensatz gegen den Marxismus immer auf eine positive Glaubenshaltung hindrängen wird, und daß sich auch bewußtes evangelisches Glaubensleben innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung wird entfalten können."

Die Praxis der braunen Blutsgemeinschaft, auf die Dibelius hofft, kennen wir.

Diese Blutspraxis nimmt dieser Jünger Jesu in Kauf um der „Disposition zum Glauben" willen, die sie dem Missionsdrang seiner Kirche bietet! Die Sklavengesinnung, auf der die Herrschaft der Kirche beruht, gedeiht auf dem sumpfigen und trüben Gelände nationalsozialistischer Verkommenheit. In dieser Kirche hat kein Sozialist, kein ehrlicher und freier Mensch etwas zu suchen!

Bist du noch in der Kirche, Genosse?

Die Zwiegespaltenen.

Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust . . .

Ein Hamburger Leser sendet uns eine Reihe Ausschnitte aus den „Hamburger Nachrichten“ vom Sonntag, dem 5. Februar, und schreibt uns dazu folgende Verse:

Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust.
Die eine tönt in Leitartikeln mächtig:
„Heil Hitler-Hugenberg!“
Die andre, wirtschaftsträchtig,
schickt flehend seitenlange Hilferufe:
„Bewahr uns, Herr, vor dieser Autarkie!“

Was eine „zwiegespaltene“ Redaktion in einer und derselben Nummer ihren Lesern vorsetzt, ist allerdings erstaunlich:

In dem politischen Leitartikel

heißt es:

Die Berufung der Regierung Hitler-Hugenberg-Seldte hätte vor drei Jahren einen Regierungswechsel im landläufigen parlamentarischen Sinne bedeutet, heute bedeutet sie mehr, heute muß man in ihr die Schicksalswende des deutschen Volkes sehen. Von jetzt ab wird sachlich am Wiederaufbau Deutschlands gearbeitet werden. Wer nicht *für* die nationale Regierung ist, der ist *wider* sie, der ist aber auch gegen den Wiederaufbau Deutschlands. Der wählt einen Weg, der nach den Erfahrungen der letzten Jahre nur im Bolschewismus enden kann. In Zeiten wie den heutigen, hat jeder national empfindende Deutsche die Pflicht, sich hinter diese Regierung zu stellen, denn es geht jetzt um die Zukunft von Reich und Volk. Heute gilt es nicht mehr, diesem oder jenem Stande, diesem oder jenem Lande eine besondere Wohltat zu erweisen, sondern die Grundlage unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens wiederherzustellen.

In der gleichen Zeitungsnummer

bekämpfen Hamburger Wirtschaftsführer die Hauptpunkte des Regierungsprogramms. Aus ihren zum Teil sehr ausführlichen Aeußerungen bringen wir jeweils nur wenige Sätze:

Senator a. D. Witthöfft: Der jetzige Reichswirtschaftsminister hat sich nach Zeitungsberichten dafür ausgesprochen, daß er versuchen wolle, die Interessen zwischen Landwirtschaft und Industrie, die sich zum Teil feindlich gegenüberzustehen scheinen, zu versöhnen. Der Handel ist dabei nicht genannt worden; aber Handel, Industrie und Landwirtschaft sind zusammen die drei großen ausschlaggebenden Faktoren für die materielle Ausgestaltung des Lebens. Deutschland kann nur gesunden, wenn es diese Erkenntnis nicht außer acht läßt.

Edgar Bohlen, in Firma Bohlen & Behn, Hamburg, Vorsitzender des Vereins der am Kaffeehandel beteiligten Firmen: Es geht darum, dem Einfuhrhandel die Möglichkeit wiederzugeben, dem überseeischen Produzenten die reibungslose Verteilung seiner Ernten zu ermöglichen, die Schwankungen der Weltmarktpreise aufzufangen und durch Vorratshaltung eine gleichmäßige Versorgung des Verbrauchers zu gewährleisten.

Generaldirektor M. Böger, Hamburg-Amerika-Linie: Jede Drosselung unserer Einfuhr bedingt eine Schmälerung unserer Ausfuhr. Sie kann auch die herzlichste Freundschaft mit einer anderen Nation zerschlagen. Deutschland überhaupt, und gerade das Deutschland des Wiederaufbaus, kann es sich nicht leisten, ein wirtschaftliches Eigenleben zu führen und damit politisch in die Isolierung zu treten.

Mit allem Nachdruck, der sich aus dem Ernst der Stunde ergibt, ist vor einer Neuauflage handelspolitischer Maßnahmen, die unsere mit so unendlich vielen Mühen und Opfern nach dem Krieg wieder angeknüpften Beziehungen mit dem Ausland zerstören müssen, zu warnen. Zu warnen ist insbesondere vor der psychologischen Unterschätzung rigoroser Einfuhrbeschränkungen, wie sie übermäßig hohe Zölle und die Kontingentierung betimmter Einfuhrartikel darstellen. Für die deutsche Landwirtschaft möge alles geschehen, was sich mit dem *Gesamtinteresse* der deutschen Wirtschaft verträgt. Verschafft dem Bauern wieder den Lohn für seine Arbeit, aber zerstört nicht Deutschlands Tor und Brücke in die Welt!

C. L. Nottebohm, Präses der Handelskammer Hamburg: Gerade wir in Hamburg empfinden immer mehr die Einseitigkeit, mit der eine falsch geleitete Handels- und Wirtschaftspolitik die binnenländischen und landwirtschaftlichen Interessen zu wahren sucht, ohne daß sie dabei berücksichtigt, daß Deutschland, wenn es seine frühere Stellung in der Welt wieder erlangen will, dies nicht auf dem Wege über den geschlossenen Handelsstaat erreichen kann.

Gerade die gegenwärtige deutsche Regierung, die die Vertretung der nationalen Interessen Deutschlands auf ihre Fahne geschrieben hat, wird die aufbauenden Kräfte würdigen müssen, welche die hanseatische Wirtschaft als ein integrierender Bestandteil der gesamtdeutschen Wirtschaft umfaßt. Ich kann daher nicht glauben, daß auf dem bisherigen Wege der Abdrosselung Deutschlands von der Welt weitergegangen werden soll.

Die landwirtschaftlichen Bedürfnisse und Erfordernisse sind — was immer noch nicht erkannt wird — keineswegs identisch mit der Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt. Die in der Landwirtschaft Beschäftigten bilden immerhin nur den kleineren Teil der deutschen Bevölkerung. Uebermäßige oder nicht genügend abgewogene Maßregeln zum Schutze dieser Minderheit können Verwicklungen und Schwierigkeiten hervorrufen, die später nur unter großen Nachteilen für die Gesamtheit wieder aufgehoben werden können.

Carl Vincent Krogmann, in Firma Wachsmut & Krogmann, Hamburg: Bei aller Anerkennung der Bedeutung, welche eine starke bodenständige Landwirtschaft für das deutsche Volkstum besitzt, darf der Schutz der Landwirtschaft nicht dazu führen, daß andere lebenswichtige Teile der deutschen Wirtschaft, darunter vor allem der deutsche Außenhandel, wie bisher schwer geschädigt werden.

Generaldirektor Dr. Kruspig, Rhenania-Ossag-Mineralölwerke A.-G., Hamburg: Auf dem Gebiete der Erdölwirtschaft liegt eine schleunige Herabsetzung der zum großen Teil überhöhten Zölle und sonstigen Belastungen im Interesse der Entwicklung aller derjenigen Gewerbezweige, die auf Erdölprodukte als Kraftquelle oder Hilfsstoffe angewiesen sind.

Die durch die Belastung herbeigeführte Verteuerung hemmt diese Verbraucher in ihrer Entwicklungsmöglichkeit gegenüber ihrer Konkurrenz in anderen Ländern. Die ungebührlich hohen Belastungen bringen außerdem den Nachteil, Surrogat-Industrien ins Leben zu rufen, die unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht lebensfähig wären, die aber, wenn sie erst einmal unter erheblichem Kapitalaufwand errichtet worden sind, mit dem ganzen Gewicht der darin fehlgeleiteten Kapitalien in Richtung einer Aufrechterhaltung der überhöhten Zollmauer drängen und damit die Wiederkehr einer billigeren Versorgung gefährden.

Generalkonsul L. Guttmann, in Firma Guttmann & Widawer, Hamburg: Es gehört schon ein ziemlich großes Maß entweder von *Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen* oder *Egoismus* dazu, um sich für autarkische Gedanken einzusetzen.

Es gibt auch Anhänger *in der freien Industrie* für die autarkischen Bewegungen. — Das sind immer Sonderinteressenten, die das Allgemeinwohl Deutschlands außer Acht lassen, um infolge einer Binnenwirtschaft leichter arbeiten zu können — also absolut nicht beachtliche Gründe, die für eine Autarkie sprechen.

Es gibt im Gegensatz zu der freien Industrie auch *ganze Kartelle*, die sich für die Autarkie einsetzen. Sie glauben, „folgerichtig“ zu denken, wenn sie sagen, „genügt auch das Kartell nicht mehr, um leichter Geld zu verdienen, dann muß eben die Autarkie helfen.“ — Auch dieses scheinen keine triftigen Gründe zu sein, um ihnen die Autarkie zu schenken. Sollte man trotz aller Warnungen den „Autarkie-Theoretikern“ und „Autarkie-Egoisten“ folgen, dann wird man allerdings den Sonderinteressenten die Taschen füllen — aber wir werden statt „nur“ sechs Millionen wohl bald acht Millionen Arbeitslose in Deutschland haben.

•

Was gedenken die ehrbaren Kaufleute, nach so viel vernünftigen Worten, zu tun gegen die Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen und gegen den Egoismus — — bei anderen?

Lohnkampf international notwendig!

Wenn lediglich europäische Arbeiter Lohnerhöhungen durchsetzen, so wächst die Wahrscheinlichkeit, daß sie von asiatischen Arbeitern, wenn nicht unmittelbar auf dem europäischen *Arbeitsmarkt*, so doch mittelbar auf dem *Warenmarkt* unterboten werden. Die folgenden Beispiele zeigen, daß diese Unterbietung starke Fortschritte macht.

Holland wurde seit einiger Zeit überschwemmt mit billiger japanischer Kunstseide und billigen Baumwollwaren aus Japan. Zur Abwehr ist die Einfuhr von Baumwollwaren zunächst für die Zeit vom 1. Dezember 1932 bis zum 1. September 1933 kontingentiert worden. — Die Einfuhr japanischer Kattune nach Holland hat 1932 die deutsche Einfuhr nach Holland stark zurückgedrängt. — Die Engländer sammeln zur Zeit in internationalem Maßstab Beweismaterial dafür, daß es sich bei der japanischen Konkurrenz um ein von der Regierung gefördertes systematisches Preisunterbietungsmanöver handelt. — Es ist systematisch vor allem insofern, als die japanische Regierung alles dazu tut, um die Löhne in Japan niedrig zu halten!

Noch weit interessanter ist das folgende Beispiel. Es zeigt das

Zusammenarbeiten von Schweizer Kapitalisten und chinesischen Arbeitern (notgedrungen!) gegen Schweizer Arbeiter.

Nach dem Kriege wurde in einigen Bezirken Chinas das Sticken und Klöppeln in großem Maßstab eingeführt. Es waren natürlich europäische Kapitalisten, die auf diese Weise von den niedrigen Löhnen in China profitieren wollten. Allein in Schanghai und Umgebung wird die Zahl der mit Sticken und Klöppeln beschäftigten Chinesen auf 30 000 bis 40 000 geschätzt. Die Halbfabrikate werden aus Europa eingeführt; die Fertigfabrikate werden dorthin zurückgebracht.

Ein Schweizer Unternehmer läßt Appenzeller Stickereien in China herstellen.

Er beschäftigt dort 5000 Arbeiter. Die Vorbereitungsarbeiten, das Bleichen u. s. w., werden in Appenzell (in der Schweiz) vorgenommen. Die Halbfabrikate werden zusammen mit Musterzeichnungen nach China geschickt. Dort wird — zu Hungerlöhnen! — die eigentliche Stickarbeit geleistet. Die Stickereien werden dann in Europa als echte *Schweizer Stickereien* verkauft. Die Schweizer Stickereiarbeiter sind in Massen arbeitslos.

Ein lehrreicher und trauriger Anschauungsunterricht, der europäischen Proletariern so erteilt wird! —t.

Die Schichtung der Lohneinkommen in Deutschland im Konjunkturabschwung 1929/32.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“ die folgende Uebersicht über die Wochenbeiträge zur Invalidenversicherung, die einige interessante Aufschlüsse über die Schichtung der Lohneinkommen gibt:

Wochenbeiträge zur Invalidenversicherung im Deutschen Reich (Anzahl in Millionen Stück)

Lohnklassen	I	II	III	IV	V	VI	VII	I—VII
Wochenverdienst in Mark	bis 6	6—12	12—18	18—24	24—30	30—36	über 36	zus.
1929	27.1	94.3	126.5	99,7	68.0	62.0	290.0	767.5
1930	22.8	86.6	116.8	99.7	63.7	54.1	251.3	694.9
1931	19.5	84.0	112.0	96.4	59.3	47.9	181.6	600.7
1929 1. Vierteljahr	6.9	23.9	32.6	23.5	15.9	14.4	60.3	177.5
2. Vierteljahr	7.1	23.6	31.9	24.0	17.0	15.4	70.2	190.3
3. Vierteljahr	6.7	23.9	31.9	25.8	17.7	16.3	81.0	203.4
4. Vierteljahr	6.4	22.9	30.1	25.3	17.3	15.9	78.4	196.3
1930 1. Vierteljahr	6.0	21.8	29.6	24.2	15.4	13.2	63.1	173.3
2. Vierteljahr	6.0	21.6	29.1	24.9	15.9	13.6	62.9	173.9
3. Vierteljahr	5.4	21.2	28.7	24.9	16.0	13.6	64.4	174.2
4. Vierteljahr	5.4	22.1	29.3	25.8	16.3	13.7	60.9	173.4
1931 1. Vierteljahr	5.1	20.9	27.9	23.7	14.0	11.1	46.5	149.2
2. Vierteljahr	5.0	20.6	27.8	24.3	15.0	12.0	46.7	151.3
3. Vierteljahr	4.6	20.6	27.7	23.7	15.2	12.6	47.1	151.7
4. Vierteljahr	4.8	21.8	28.6	24.7	15.1	12.1	41.3	148.5
1932 1. Vierteljahr	5.0	21.4	28.2	21.0	12.9	10.7	25.7	124.9
2. Vierteljahr	5.2	23.2	29.2	20.8	13.8	11.6	24.6	128.3
3. Vierteljahr	4.9	23.2	28.6	20.4	13.9	11.9	24.8	127.8

Die Lohnklasse I umfaßt vorwiegend Lehrlinge, Laufburschen, Heimarbeiter u. s. w. Dienstboten sind besonders in der Lohnklasse II und — soweit sie freie Unterkunft und Verpflegung erhalten — in der Lohnklasse III versichert. In der Klasse III sind ferner die Landarbeiter stark vertreten, während Klasse VII vorwiegend Industriearbeiter umfaßt. Lohnklasse II enthält auch die Beiträge für Erwerbslose; sie werden, soweit es zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlich ist, aus den Mitteln der Erwerbslosenhilfe gezahlt.

Das Statistische Reichsamt erläutert die Tabelle selber folgendermaßen: Von 1929 bis 1932 ging die Stückzahl der Beiträge zurück:

in Lohnklasse I	um 26 Prozent
in Lohnklasse II	um 4 Prozent
in Lohnklasse III	um 9 Prozent
in Lohnklasse IV	um 17 Prozent
in Lohnklasse V	um 20 Prozent
in Lohnklasse VI	um 27 Prozent
in Lohnklasse VII	um 65 Prozent
insgesamt	um 34 Prozent

Der besonders starke Rückgang der Beiträge in Lohnklasse VII erklärt sich aus ihrer Eigenschaft als oberer Grenzklasse und beruht sowohl auf der Arbeitslosigkeit als auch auf der Abwanderung in niedrigere Lohnklassen infolge Verdienstrückgang. Die Abwanderung in niedrigere Lohnklassen war bei den höheren Lohneinkommen stärker als bei den kleineren.

In den Lohnklassen III bis VI hat der allgemeine Verdienstrückgang nur zu einer Umschichtung geführt, da hier die Abwanderung in niedrigere Lohnklassen durch Zugang aus höheren Lohnklassen weitgehend ausgeglichen wurde; am stärksten war dieser Ausgleich in den unteren Lohnklassen. Infolge der Zunahme der Arbeitslosigkeit war aber die Zahl der Versicherten 1932 in allen Klassen kleiner als 1929, und zwar war der Rückgang in den höheren Klassen am stärksten.

Daß die Zahl der Beiträge in Klasse II nur sehr wenig zurückgegangen ist, beruht einmal darauf, daß in dieser Klasse die Marken für die Arbeitslosen zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft geklebt werden. Dazu kommt, daß der Einkommenrückgang hier kaum zu einem Abwandern nach Klasse I geführt hat; eher ist anzunehmen, daß ein Teil der früher in Klasse I Versicherten nach Beendigung ihres Lehrverhältnisses heute mindestens in Lohnklasse II versichert wird.

Der verhältnismäßig starke Rückgang der Beiträge in Lohnklasse I hat verschiedene Ursachen. Zunächst dürften zahlreiche Betriebsstillegungen auch zur Lösung von Lehrverträgen geführt haben. In größerem Umfang dürften auch Ersparnismaßnahmen von Handelsbetrieben u. s. w. zur Einschränkung der Laufburschen beigetragen haben. Schließlich kommt hinzu, daß sich hier in dieser Lohnklasse der natürliche Zugang gerade in den letzten Jahren stark verringert hat, da jetzt die schwach besetzten Geburtenjahrgänge der Kriegsjahre in das Erwerbsleben getreten sind. Der natürliche Abgang infolge Beendigung des Lehrverhältnisses und damit die Abwanderung in höhere Lohnklassen konnte also durch den natürlichen Zugang nicht mehr ausgeglichen werden.

Veränderte Verteilung auf die Lohnklassen.

Im Jahre 1929 entfiel innerhalb der Lohnklassen I bis VI die größte Zahl der Versicherten auf die Lohnklasse III.

Die Lohnklasse VII allein umfaßte 1929 jedoch weit mehr als das Doppelte der in Klasse III Versicherten.

Ein Wochenlohn in der Klasse VII von mindestens 36 Mark entspricht bei 48stündiger Arbeitszeit etwa einem Stundenlohn von mindestens 0,75 Mark. Diese umfangreiche Schicht der gehobenen Lohnempfänger bot somit dem Einzelhandel bedeutsame Absatzmöglichkeiten. In den folgenden Jahren hat sich zwar das Bild für die Lohnklassen I bis VI vergleichsweise wenig geändert;

die Zahl der in Klasse VII Versicherten ist jedoch mehr und mehr zurückgegangen und war 1932 sogar geringer als die der Lohnklasse III.

Diese starke Umschichtung der Lohneinkommen verstärkte natürlich die Wirkung des Kaufkraftausfalls durch Erwerbslosigkeit. Sie ist ebenso wie jene eine Folge der Wirtschaftspolitik des Kaufkraftmordes, die in Deutschland seit Jahren betrieben wird. H. H.

ENGLAND

Arbeitslosigkeit steigt: Ende Januar betrug die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen 2 903 000. Das sind 180 000 mehr als im Vormonat und 175 000 mehr als im Vorjahr.

DEUTSCHLAND

Deutscher Schiffbau 1932 um 20 Prozent unter dem Vorjahr: 1932 sind in Deutschland 15 neue Schiffe von Stapel gegangen mit insgesamt rund 80 000 Tons. — Die niedrigste Ziffer seit 1893!

GEG-Umsatz 1932 um 20 Prozent niedriger als 1931: Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg berichtet, daß ihr Gesamtumsatz im Jahre 1932 rund 340 Millionen Mark betrug gegenüber einem Vorjahrsumsatz von rund 428 Millionen Mark. Weit weniger als der Gesamtumsatz ist der Umsatz an Erzeugnissen aus eigenen Produktionsbetrieben zurückgegangen, nämlich nur um 11 Prozent.

Warenhausumsätze 18 Prozent unter Vorjahrshöhe; gegenüber 1930 beträgt der Rückgang sogar 30 Prozent. Diese Schrumpfung liegt nicht nur daran, daß geringere Mengen abgesetzt wurden, sondern auch an dem Preisrückgang, der — gemessen an der Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten — 1932 für Lebensmittel rund 12 Prozent, für Bekleidung rund 16 Prozent ausmacht.